

# Ein politökonomischer Versuch zur Analyse der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Sung-Jo Park

Institute for Development Research  
and Development Policy,  
Ruhr-Universität Bochum

## I. Einleitung

Das Ende des zweiten Weltkrieges hat die Weltwirtschaft mit zwei neuen Sachverhalten konfrontiert: einmal mit einem sozialistischen Block und zum anderen mit Entwicklungsländern. Die letzteren haben sich inzwischen zu einem echten Gegenstand der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Entwicklungstheorie) entwickelt, die sich vornehmlich aus westeuropäischen Erfahrungen ableiten ließ, was eine Theoriebildung erleichterte. In diesem Rahmen wurden auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern zu einem der wichtigsten Forschungsobjekte innerhalb der Entwicklungspolitik. Eine andere Bewandnis hatte es jedoch mit den Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem sozialistischen Block und den übrigen Ländern. Bemerkenswerterweise gibt es hierüber bisher keine nennenswerten Theorien. Überhaupt geschieht zum großen Teil die Befassung mit kommunistischen Planwirtschaften im Zusammenhang mit der Effizienzmessung verschiedener Wirtschaftssysteme.<sup>1)</sup>

Das Fehlen eines allgemeingültigen theoretischen Bezugsrahmens zur Erfassung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den kommunistischen Ländern und den übrigen hat bisherige Analysen auf eine rein quantitative Fragestellung (z.B. Warenstruktur, Handelsvolumen, terms of trade etc.) reduziert und weitgehend davon abgelenkt, den hinter diesen quantitativen Aspekten verborgenen Tatsachen nachzugehen. Dies führte wiederum zumeist zur ex ante Überbetonung ideologischer Differenzen mit ihrer Konsequenz in der ex post geringen Handelsentwicklung. Für diese geringe Handelsentwicklung

---

1) Vgl. hierzu C. Watrin, Kriterien zur Beurteilung der statischen Effizienz von Wirtschaftssystemen, in: Beiträge zum Vergleich der Wirtschaftssysteme, hrsg. von E. Boettcher, Berlin 1970, S. 55–76,

werden weniger mangelnde makro-ökonomische Angebots und Nachfragebedingungen als aus ideologischen Differenzen resultierende technische und institutionelle Abwicklungshemmnisse als entscheidende Ursachen genannt.

Dieser Sachverhalt der ideologischen Differenzen scheint offenbar die wenigen empirischen Untersuchungen über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den kommunistischen Ländern und den übrigen dahingehend beeinflusst zu haben, 'dieser' oder 'jener Seite' mehr Schuld an der geringen Handelsentwicklung zu geben.<sup>2)</sup> Daneben gibt es Autoren, die beiden Seiten (d.h. dem Osten und dem Westen) in gleichem Maße die Schuld zuschreiben. Sie sehen die Ursachen für die geringe Handelsentwicklung im 'kalten Krieg'.<sup>3)</sup>

Somit haben wir die Notwendigkeit einer Politökonomie der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den kommunistischen Ländern und den übrigen Ländern angeschnitten. Im folgenden wollen wir zunächst hierfür die Begründung und sodann einige politökonomische Ansätze zur Analyse der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen präsentieren.

## II. Die klassische und neo-klassische Tradition

Die bisherige Analytik der Außenwirtschaftsbeziehungen, die sich in der klassischen und vor allem in der neoklassischen Tradition entwickelt hat, erfuhr im Zusammenhang mit dem Wandel der Weltwirtschaftsstruktur vielerlei Kritik: u.a. durch Edgar Salins<sup>4)</sup> 'politökonomische Ansätze', die auf die Notwendigkeit der Hinzuziehung der *politisch-dynamischen Variablen-Analyse* hinauslaufen; oder durch Gunnar Myrdals<sup>5)</sup> Kritik an der unrealistischen Gleichgewichtsannahme im internationalen Handel wegen der 'zirkulären Verursachung im kumulativen Prozeß'. Generell gehen solche Kritiken davon aus, daß das bisher geltende Meßkriterium, nämlich die ökonomische Leistung, durch andere Faktoren, wie z.B. gesellschaftliche Erwartungen und

2) R. L. Allen, *Soviet Economic Warfare*, Washington 1960; H.G. Aubrey, *Co-existence: Economic Challenge and Response*, Washington 1961; M. Kovner, *The Challenge of Coexistence*, Washington 1961; G. Adler-Karlsson, *Western Economic Warfare 1947-1968*, Stockholm 1968.

3) Hans Mayrzedt und Helmut Romé (Hrsg.), *Koexistenz zwischen Ost und West*, Wien-Frankfurt-Zürich 1967; François Perroux, *Feindliche Koexistenz?*, Stuttgart 1961.

4) Edgar Salin, *Politische Ökonomie heute*, in: *Kyklos*, 8 (1965), S. 369-396.

5) Gunnar Myrdal, *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen* (Deutsche Übersetzung), Stuttgart 1959, S. 151,

Forderungen etc., wesentlich relativiert worden ist.<sup>6)</sup> Jacob Viner hat bereits kurz nach dem zweiten Weltkrieg eine neue Außenhandelstheorie gefordert.<sup>7)</sup> Die klassische und neoklassische Wirtschaftstheorie besaß ihre Gültigkeit schon lange, bevor sie als eine Disziplin der 'Explanation' ihre Bedeutung gewann.<sup>8)</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vermittelte die Wirtschaftstheorie ein äußerst genaues Bild der tatsächlichen Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der Weltwirtschaft. Für die Vertreter der klassischen Ökonomie wurde die Wirtschaftstheorie als "identisch mit einer Analyse der freien Marktwirtschaft angesehen, die Kraft des spontanen Spiels von Angebot und Nachfrage einem relative Höchstmaß von Realeinkommen zustrebt und deren deduktive Systemform der Newtonschen Mechanik nachgeträumt wird".<sup>9)</sup> Der hier implizierte normative Aspekt der klassischen Ökonomie galt einem "natürlichen Zustand, der einmal ein idealtypisches Bild der Wirklichkeit war und gleichzeitig das Bild eines Zustandes, wie er sein soll. Infolge dieser Identifizierung war die Aufstellung normativer Regeln eine zentrale Aufgabe der theoretischen Analyse."<sup>10)</sup> Hieraus ergibt sich keine Notwendigkeit, zwischen Wissenschaft und Politik Grenzen zu ziehen. Die Nationalökonomie war für den Staat vergleichbar mit der Haushaltsführung einer Familie, worin die essentielle Grundlage der älteren politischen Ökonomie bestand.<sup>11)</sup>

Um die Jahrhundertwende aber galt das Interesse hauptsächlich der Erhaltung eines bereits funktionierenden Welthandelssystems. Das Anliegen der Ökonomen wurde es, sich mit dem autonomen Wirtschaftsablauf, der statischen Analyse, zu befassen. Hierfür war eine abstrakte oder mathematische Analyse geeignet (Marginalismus). Für die Klassiker war es wichtig, die gesellschaftlichen Komplexitäten der sich damals entwickelnden Industriegesellschaft zu durchleuchten. In der Neoklassik wurde jedoch die Wirtschaft

---

6) William Y. Elliot (Hrsg.), Weltwirtschaft und Weltpolitik; Grundlagen, Strategien und Grenzen der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik (Deutsche Übersetzung), München 1955, S. 42-45.

7) Jacob Viner, International Trade Theorie and its Present Day Relevance, in: Economic and Public Policy, Brookings Lectures 1954, Washington 1955, S. 100ff.

8) Z.B. Frank H. Knight, The Role of Principles in Economics and Politics, in: The American Economic Review, Vol. XLI, No. 1, 1951, S. 6.

9) Kurt Singer, Zur Wirtschaftspolitik und Theorie der englischen Klassiker, in: Geschichte der Volkswirtschaft, hrsg. von Antonio Montaner, Köln-Berlin 1967, S. 37.

10) Gunnar Myrdal, Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, Hannover 1961, S. 5.

11) Ebenda, S. 5 f.

als ein System angesehen, das durch ständige Veränderungen der Güterquantitäten gekennzeichnet war. Insofern sprach Hans Albert von der Neoklassik als 'einer Astronomie der Güterbewegungen'.<sup>12)</sup> Die neoklassische Annahme, daß der ökonomische Prozeß sowie die Nationalökonomie autonom seien, hat Ökonomen davon abgelenkt, die gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Voraussetzungen für ein funktionierendes internationales Freihandelsystem zu erkennen und dafür notwendige dynamische Theorien zu entwickeln.<sup>13)</sup> Versuche zur Schematisierung des ökonomischen Bereiches in der neoklassischen statischen Ökonomie hatten vor allem in methodischer Hinsicht Konsequenzen, die weniger mit einer 'Explanation' der in einem Marktmechanismus interagierenden Variablen als mit einer exakten Erfassung der Planungs- und Entscheidungslogik einhergingen. So urteilt Albert, daß die neoklassische Tradition der ökonomischen Methoden "zu einer gänzlich anderen Problemstellung geführt hat, als vom soziologischen Gesichtspunkt zu erwarten war, ... die Logik der Preisbildung und des Marktverhaltens stand im Vordergrund."<sup>14)</sup> Bei der funktionalistischen Unterscheidung der Neoklassik und einer politischen Ökonomie ist der Sinnzusammenhang kennzeichnend für die erstere, der Wirkungszusammenhang hingegen für die letztere. Markt- bzw. Wirtschaftsphänomene wertfrei mit rein quantitativer und modellanalytischer Methode zu untersuchen, war die Implikation des Sinnzusammenhanges bei der Neoklassik. Für die politische Ökonomie ist die Analyse der Ursachen-Wirkungen von entscheidender Bedeutung.<sup>15)</sup>

Die Versteifung auf die Mikroanalyse und die Wertfreiheit in der Neoklassik, bei der die Vor- und Nachteile von Wunschbefriedigungen und Kostenfragen nur als *individuelle* Angelegenheiten behandelt wurden, hat wesentlich dazu beigetragen, daß Aspekte der Kollektivhandlungen zur Domäne anderer Wissenschaftsdisziplinen deklariert wurden.<sup>16)</sup>

Ausgehend davon, daß die Ökonomie den Anspruch auf die Analyse individueller und kollektiver Präferenzsysteme erhebt, müßte schon dort eine neue ökonomische Vorgehensweise angesetzt werden, wo der gewöhnliche

12) Hans Albert, Reine Theorie und politische Ökonomie, in: Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied-Berlin 1967, S. 41.

13) William Y. Elliot, Weltwirtschaft und Weltpolitik, (Deutsche Übersetzung), Wien 1957, S. 15.

14) Hans Albert, Nationalökonomie als Soziologie, in: Kyklos, Vol. XIII, 1960, S. 22.

15) Ders., Reine Theorie und politische Ökonomie, a.a.O., S. 49.

16) Gérard Gäfen, Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung, Untersuchung zur Logik und ökonomischen Bedeutung des rationalen Handelns, Tübingen 1968, S. 21.

analytische Rahmen der Ökonomie gesprengt wird und die Ökonomie nur als ein Teil des gesellschaftlichen Handlungsfeldes gilt. Die Analyse der Kollektivhandlungen setzt die Einsicht in das Interagieren verschiedener gesellschaftlicher Faktoren voraus. Zu Recht gelangt Papandreu zu der Aussage, daß Versuche zur Bildung einer universalen Validität der Wirtschaftslehre von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein würden, wenn z. B. psychologische und soziologische Variablen nicht berücksichtigt würden.<sup>17)</sup>

### III. Die neue politische Ökonomie als theoretischer und methodischer Ansatz

Die enge und einseitige Betrachtungsweise, die aus der Neoklassik resultierte, hat viele Konsequenzen nach sich gezogen: Generell lassen sich Problemreflexionen hierüber auf eine Formel bringen, nämlich auf die Notwendigkeit einer sozialwissenschaftlichen Integration. Damit ist der Autonomieanspruch der Nationalökonomie infrage gestellt. Der Autonomieanspruch hört allein wegen bestimmter Sachzwänge, mit denen die Nationalökonomie konfrontiert wird, auf, z. B. an dem Punkt, wo über die a priori angenommene Interessenharmonie hinausgegangen werden muß, also dort, wo Interessengegensätze auftreten.

Bei der wirtschaftlichen Lösung der Interessengegensätze vermag die reine Ökonomie eine vom gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkt her gesehen angemessene Antwort nicht zu geben. Paul Streeten stellt eindringlich fest, daß das Dogma der sozialen Interessenharmonie bzw. Konfliktlosigkeit in der nichtpluralistischen Wirtschaft Bestandteil der ökonomischen Gesetze wäre und der Gesamtablauf der Nationalökonomie von diesem Dogma bestimmt würde.<sup>18)</sup> Das soziale Interessenfeld, auf dem sich widerstreitende Interessen und Positionen aufeinander treffen, ist *mehr als ein Markt*, der bloß den Zusammenhang von Angebot und Nachfrage darstellt. In diesem Sinne wird z. B. der Rahmen der neoklassischen Wertperspektive, in der der Markt als ein Prozeß der in ständiger Veränderung begriffenen Güterquantitäten dargestellt wurde, durch die Machtperspektive des Marktes, der z. B. durch die Schaffung von 'Dominanzbeziehungen' (François Perroux) gekennzeichnet

17) A. Papandreu, Economic and Social Sciences, in: The Economic Journal, Vol. LX, No. 240, 1950, S. 718 ff.

18) Paul Streeten, Zur neueren Entwicklung der Wohlfahrtsökonomie, in: Gunnar Myrdal, Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, a. a. O., S. 201.

ist, gesprengt.<sup>19)</sup> Die soziologische Handlungstheorie Paretos und Webers hat die Ökonomie als ein Untersystem in ihre gesamten Handlungskategorien eingegliedert.<sup>20)</sup> Bruno Freys Ansatz wäre z.B. hierfür ein konkretes Beispiel, indem Frey versucht, die optimale Gewerkschaftsstrategie im Rahmen der Verteilungstheorie zu entwickeln. Frey fährt fort: Die Nationalökonomie, die nicht in der Lage ist, das Verhalten von organisierten Gruppen genau zu erfassen, löst das Problem im allgemeinen auf zweierlei Weise, nämlich damit, daß einmal den Gruppen ein nutzenmaximierendes Verhalten unterstellt wird oder daß zum anderen diese Gruppen aus der Modellanalyse als 'exogen' ausgeklammert werden.<sup>21)</sup> Bei der Effizienzanalyse eines sozialen Untersystems, nämlich eines Wirtschaftssystems, ist die Verbindung der Analyse der eher für die Modellanalyse in Betracht kommenden Allokationsmechanismen mit der der Organisationsprobleme eine notwendige Forderung an die Sozialwissenschaften. In der Tat können sachgemäße analytische Aussagen z.B. über die Effizienz einer Wirtschaftseinheit (Unternehmen, Verband oder Gewerkschaft etc.) erst dann gemacht werden, wenn Einsicht gewonnen wird in die Komplexität des sozialen Interaktionssystems bzw. in die Verhaltensweisen und ihre gesellschaftliche Institutionalisierung bei den Wirtschaftssubjekten.<sup>22)</sup> Insofern ist es kaum verwunderlich, daß Gäfgen die simple Frage stellt, "wie denn neben den Zielen und Instrumenten auch die Träger der Wirtschaftspolitik in der Theorie der Wirtschaftspolitik ihren systematischen Platz finden können", und er fährt fort: "Wohl wäre es einfach, einen Katalog typischer Trägerinstanzen zusammenzustellen", jedoch ist nach Gäfgen die Frage offen, "wie denn diese und andere Instanzen bei der wirtschaftlichen Willensbildung und bei der Ausführung wirtschaftspolitischer Eingriffe zusammenarbeiten und/oder gegeneinander wirken und welches Gesamtergebnis für die Wirtschaft daraus resultiert".<sup>23)</sup> Damit rückt die hier

19) Val. Gerd Fleischmann, Nationalökonomie und sozialwissenschaftliche Integration, Tübingen 1966, S. 102.

20) Vgl. Wolfgang Lipp, Handlung und Herrschaft-Systemkategorien bei V. Pareto, M. Weber und T. Parsons, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 19, 1968, S. 332–362.

21) Bruno Frey, Lohn- und Sparpolitik als optimale Gewerkschaftsstrategien, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 17, 1966, S. 201 f.

22) Friedrich Fürstenberg, Die soziologischen Dimensionen wirtschaftstheoretischer Aussagen, in: Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, Bd. 112, No. 3, 1956, S. 400; Bernard Lassurdrie-Duchene, Economie Politique et Sociologie, in: Revue d'Economie Politique, 78. Année, No. 3, 1968, S. 414–447.

23) Gérard Gäfgen, Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Köln-Berlin 1967, S. 17.

anstehende Thematik in das intermediäre Gebiet zwischen der Welfare-Ökonomie und der politischen Soziologie. Im Rahmen der neueren politischen Ökonomie, insbesondere der Theorie der 'Komitee-Entscheidungen', konnte Duncan Black nachweisen, daß die Nationalökonomie und die politische Soziologie auf eine gleiche Ebene, nämlich auf die Theorie der 'Auswahlhandlungen' reduziert werden können, wenn das Präferenzsystem und die Gleichgewichtsanalytik akzentuiert werden.<sup>24)</sup> Entscheidungstheoretisch gesehen, besteht der Unterschied zwischen der Nationalökonomie und der politischen Soziologie nur darin, daß der Prozeß der Auswahlhandlung bei der Ökonomie marktbezogen und bei der politischen Soziologie wahlbezogen ist.<sup>25)</sup>

Die politische Ökonomie ist nichts anderes als "eine normative Sozialwissenschaft ... mit expliziten Wertprämissen, also ohne jede versteckt normativen und somit ideologischen Aussagen, die heute nur noch geeignet sind, die Ideologiekritik herauszufordern".<sup>26)</sup> Die neue politische Ökonomie oder die Notwendigkeit einer politökonomischen Vorgehensweise zur Analyse logischer Beziehungen zwischen individuellen und kollektiven Wertungen ist im Grunde genommen identisch mit der 'Sozialwahltheorie' in den ökonomischen Entscheidungen: Es gilt, daß ein Kollektiv eine einzige gemeinsame Entscheidung fällt. Alternativen sind hierbei soziale Zustände, die die Position der Beteiligten bestimmen, all dies unabhängig davon, ob die sozialen Zustände Konsequenzen von Individuen sind oder nur Folgen der Handlungen eines Beauftragten des Kollektivs. Alle bedienen sich einer sog. *Sozialwahlfunktion*, die die individuellen Rangordnungen der Präferenz zu einer kollektiven Skala zusammenfaßt, um eine Rationalität der kollektiven Handlungen zu erzielen.<sup>27)</sup>

---

24) Duncan Black, The Unity of Political and Economic Science, in: The Economic Journal, Vol. LX, No. 239, 1950, S. 507 ff.

25) Kenneth J. Arrow, Social Choice and Individual Values, New York-London-Sydney 1951.

26) Hans Albert, Politische Ökonomie und Sozialpolitik, in: Ders., Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive, Neuwied/Rhein-Berlin 1967, S. 184. Bezüglich der Verzahnung von Politik und Marktwirtschaft siehe z.B.J. Stohler, Wirtschaftswachstum und Wohlfahrtsstaat, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Band XXIV, 1964, S.349-364 (Stohler setzt sich insbesondere mit dem Entscheidungsmodell Dahls und Lindbloms auseinander).

27) Mit anderen Worten, es geht um die kollektive Rationalität in der Auseinandersetzung zwischen Interessen einzelner Wirtschaftssubjekte (*volontés particulières*) und der a priori formulierten Kollektivhandlung (*volonté générale*).

#### IV. Einige Gesichtspunkte der politökonomischen Analyse der Wirtschaftsbeziehungen

Yves Maronis Aufsatz "Toward a Theory of the Rational Economic Behaviour of a Country in International Trade"<sup>28)</sup> ist nicht zuletzt wegen seines damals erstaunlich provokativen Titels interessant für die Entwicklung bzw. Erarbeitung einer rationalen Handlungstheorie in der Außenwirtschaftstheorie. Nicht nur die spieltheoretische Interpretation des bilateralen Monopols (bei Kaldor, Scitovsky etc.), sondern auch das Verhalten der unvollständig konkurrierenden Firmen im internationalen Handel (besonders bei Maroni, Stevens etc.) deuten auf die Notwendigkeit der Erfassung des breiten Handlungsfeldes einzelner Marktteilnehmer bzw. deren innere Strukturen, Motive, Präferenzsysteme etc. hin.

Z.B. hat Harry G. Johnson hinsichtlich des (tariferen) Protektionismus-Arguments unlängst darauf hingewiesen, daß der Handelsgewinn bei einer protektionistischen Maßnahme von der Natur des inländischen Präferenzsystems und von den Substitutionselastizitäten zwischen Import und Export für den Inlandskonsum einerseits und von dem Freihandel, d. h. der Quote zwischen Importen und Volkseinkommen, andererseits abhängt.<sup>29)</sup>

Auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung der früher in den 'Datenkranz' verbannten nicht-ökonomischen Variablen im Wirtschaftswachstum wird vielfach hingewiesen.<sup>30)</sup> In der Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wird diesen Variablen besondere Bedeutung beigemessen, jedoch sind kaum theoretische Ansätze dazuvorhanden, sie einzugliedern, so daß jederzeit freigestellt ist, in welchem Rahmen die Variablen ausgelegt werden. Z.B. sind die 'external economies'-Argumente des Handelsgewinnes (bei neueren Imperialismuskussionen) nur Versuche zur Erklärung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern.<sup>31)</sup> Myrdal meint z. B. zur sog. 'Nord-Süd-Problematik': "Gerade im Bereich dieser 'nicht-

28) in: The American Economic Review, Vol. XLII, No. 3, 1952, S. 370–375.

29) Harry G. Johnson, The Gain from Exploiting Monopoly or Monopsony Power in International Trade, in: *Economica*, Vol. XXXV, No. 138, 1968, S. 151.

30) Vgl. Sung-Jo Park, Das Autoritätsverhalten als Leistungsprinzip in der Sozialwirtschaftsentwicklung, in: *Schmollers Jahrbuch*, 89 Jg., 1969, S. 451 ff.

31) u.a. Hla Myint, The Gains from International Trade and the Backward Countries, in: *Review of Economic Studies*, 22 (1954–55), S. 129–142; R. Prebisch, The Economic Development of Latin America and its Principal Problems, in: *Economic Bulletin for Latin America*, ECLA, UN, Vol. VII, 1962, S. 4 ff.



ökonomischen' Faktoren, die die Theorie des internationalen Handels gemeinhin als gegeben und statisch annimmt, ist die Gleichgewichtsannahme unrealistisch, weil hier stattdessen die zirkuläre Verursachung die Regel ist.<sup>32)</sup> Salin sagt bezüglich der anstehenden 'Ost-West-Problematik' noch konkreter, daß der Ost-West-Handel ein "praktisch wie theoretisch neues Problem" ist, da alle wirtschaftlichen Automatismen wegfallen, und hebt hiermit die Notwendigkeit einer politischen Ökonomie (Variablen-Analyse) hervor.<sup>33)</sup> Beider klassischen Analyse der internationalen Wirtschaftsbeziehungen stand der Gütertausch im Vordergrund, bei dem man noch von einer einheitlichen 'englischen Weltwirtschaft' sprechen konnte. Das Interesse galt der Erhaltung des funktionierenden Welthandelssystems mit der Konsequenz, sich nur auf die Autonomie des Wirtschaftssablaufes zu beschränken. Eine neue politische Ökonomie des Außenhandels ist als ein theoretischer Ansatz zur Analyse der Wirtschaftsbeziehungen hervorzuheben. Anknüpfend an Simon Kuznets, der für eine fruchtbare Analyse des Wirtschaftswachstums den Übergang von der Marktwirtschaftslehre zur politischen und sozialen Ökonomie für notwendig hält, ist Salin der Meinung, daß z.B. im Ost-West-Handel Ausgleichstendenzen durch Kapital- und Arbeitsbewegungen nicht existieren und daher auch im Westen auf die Staatsingerenz in mancherlei Form nicht verzichtet werden kann, daß diese vielleicht sogar noch ausgebaut werden muß. Salin zweifelt zwar die logische Richtigkeit aller rein theoretischen Modelle für den Außenhandel nicht an, ihre aktuelle Relevanz müsse jedoch bestritten werden.<sup>34)</sup>

Daß die Problematik der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einer handlungstheoretischen Vorgehensweise bedarf, diese Notwendigkeit unterstreicht auch der Sachverhalt, daß das Machtproblem nach dem Zusammenbruch der früheren einheitlichen englischen und dem Einbruch der 'als-ob'-Weltwirtschaft und sodann dem Einbruch der 'doppelten' (Ost-West) Weltwirtschaft ein entscheidender Faktor geworden ist.<sup>35)</sup>

Hirschman trat zutreffend der Meinung entgegen, daß es möglich sei, den internationalen Handel und die internationale Politik zu trennen und den

---

32) Gunnar Myrdal, *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*, a.a.O., S. 151.

33) Edgar Salin, *Politische Ökonomie heute*, a.a.O., S. 382 f.

34) Vgl. Edgar Salin, *Politische Ökonomie heute*, a.a.O., S. 383; ferner Jacob Viner, *International Economics*, Glencoe 1951, S. 16 ff.

35) William Y. Elliot (Hrsg.), *Weltwirtschaft und Weltpolitik*, a.a.O., S. 15 ff.

Handel in das Gebiet der normalen ökonomischen Funktion einzugliedern.<sup>36)</sup> Die Erkenntnis, daß gerade die Variablen, die die Wandlungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen bewirken, u.a. Motivationsstrukturen und -varianten der einzelnen am internationalen Handel direkt beteiligten Entscheidungsträger (Staat, Unternehmen, Gruppen etc.) sind und daß die daraus resultierende Effizienzkontrolle und Korrektur des Allokationsprozesses im Inland auch ein zentrales Problem der Analyse der Aussenwirtschaftsbeziehungen bilden müssen, zwingt zur Integration verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen. Der internationale Markt ist somit als das 'soziale Handlungsfeld' verschiedener Wirtschaftssubjekte (Nationen, Unternehmer etc.) zu betrachten. Der Markt ist in dieser Beziehung von der klassischen Konkurrenztheorie her eine Problematik der Macht.

Auf diesem theoretischen Hintergrund untersucht Johnson zunächst zwei theoretische Ansätze der Außenhandelstheorie zur Analyse der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen: einmal den 'Infant-Economy-Protektionismus', d.h. daß alle Länder in der Welt eine mehr oder weniger restriktive Handelspolitik betreiben, und zum anderen die 'Aufrechterhaltung und Expansion der Industrieproduktion' (Industrialisierungs-Argumente). Hierbei wählten die Ökonomen meistens eine der beiden Alternativen zwischen dem Argument des Protektionismus einerseits und dem Argument der komparativen Kostenvorteile andererseits. Die beiden Erklärungsversuche waren insofern unbefriedigend, als sie entweder davon ausgingen, daß das Marktsystem so unvollkommen funktioniert, daß jeder Interventionismus in dieses Marktsystem langfristig gesehen zu ökonomischer Effizienz führen werde, oder davon, daß einzelne Regierungen sich wirtschaftlich irrational verhalten.<sup>37)</sup>

In Anlehnung an Albert Breton<sup>38)</sup> entwickelte Johnson ein politökonomisches Protektionismus-Modell, auf dem der wirtschaftliche Nationalismus aufgebaut ist. Dieses Modell geht von dem Postulat aus, daß die Regierung ein rationaler Prozeß ist, in dem Politiker ihre Funktionen dadurch erfüllen, daß sie die von der Öffentlichkeit erwünschte Politik betreiben. Die Industrieproduktion in einer Nation ist nach diesem Modell ein kollektives Verbrau-

36) A.O. Hirschman, *National Power and the Structure of Foreign Trade*, Berkeley-Los Angeles 1945, S. 4 ff.

37) Harry G. Johnson, *Notes on some Theoretical Problems posed by the Foreign Trade of Centrally Planned Economies*, in: *International Trade and Central Planning*, ed. by Alan A. Brown and Egon Neuberger, Berkeley Los Angeles 1968, S. 395.

38) Albert Breton, *The Economics of Nationalism*, in: *The Journal of Political Economy*, Vol. LXXII, No. 4, 1964, S. 377 ff.

chsgut, das zur privaten Befriedigung hinzukommt und für das die Öffentlichkeit bereit ist, durch den Protektionismus ihren Privatkonsum zu opfern. Eine rational handelnde Regierung treibt den Protektionismus bis zu dem Punkt, an dem die Grenzkosten der Industrieproduktion gleich sind dem sozialen Grenznutzen, der vom kollektiven Verbrauchsgut herrührt.<sup>39)</sup>

Für diesen Gedankenansatz Johnsons waren die Welfare-Konzepte von Downs, Breton und Becker<sup>40)</sup> von entscheidender Bedeutung, die, wie oben kurz angedeutet, wie das Johnsonsche Nationalismus-Theorem besagen, daß Unterschiede zwischen ökonomischen und nichtökonomischen Zielsetzungen nicht beachtet werden zugunsten der Unterschiede zwischen privatem und öffentlichem Verbrauchsgut, zwischen dem Realeinkommen (im Sinne des Nutzens im privaten und öffentlichen Konsum) und dem Realprodukt (als Gesamtproduktion privat erwerbbarer Güter und Dienstleistungen).<sup>41)</sup>

Der Nationalismus hat generell die Neigung, die ökonomische Entwicklungspolitik nach dem Optimalitätsprinzip zu dirigieren. *In erster Linie* wird die nationalistische Wirtschaftspolitik jene Aktivitäten fördern, die im Konzept der nationalen Identität stehen, d.h. sie wird den Akzent auf die verarbeitende Industrie legen, die mehr symbolische Bedeutung hat. *Zweitens* werden solche Produktionszweige bevorzugt, die der Mittelklasse zugute kommen; *drittens* wird eine extensive Kontrolle über öffentliche Unternehmungen ausgeübt.<sup>42)</sup>

Obwohl der Nationalismus eine substantielle Redistribution des Realeinkommens zugunsten der Mittelklasse und zuungunsten der Masse der Bevölkerung impliziert<sup>43)</sup>, hat diese Redistribution eine Funktion, nämlich eine Nation in dem Sinne zu formen, daß eine Mittelklasse für eine stabile Regierung notwendig ist.

Bei der Anwendung dieses Nationalismus-Theorems auf den Protektioni-

39) Harry G. Johnson, Notes on some Theoretical Problems, a.a.O., S. 396.

40) Vgl. hierzu: Harry G. Johnson, An Economic Theory of Protectionism, Tariff Bargaining, and the Formation of Customs Unions, in: The Journal of Political Economy, Vol. LXXIII, No. 3, 1965, S. 257.

41) Nach Johnson kommt die Befriedigung von zwei Quellen: einmal von der privaten Konsumption (also von privaten Gütern und Dienstleistungen) und zum anderen von der kollektiven Konsumption (von Gütern und Dienstleistungen, die die Regierung auf Kosten der privaten Konsumption zur Verfügung stellt).

42) Harry G. Johnson, A Theoretical Model of Economic Nationalism in New and Developing States, in: Economic Nationalism in Old and New States, ed. by H. G. Johnson, Chicago-London 1967.

43) Harry G. Johnson, A Theoretical Model of Economic Nationalism in New and Developing States, a.a.O., S. 15—16.

smus wird angenommen, daß es eine kollektive Präferenz für die Industrieproduktion gibt, und zwar in dem Sinne, daß die Wählerschaft gewillt ist, Ressourcen zu verwenden, um die Industrieproduktion und den Beschäftigungsstand durch staatliche Eingriffe höher zu gestalten als im internationalen freien Wettbewerb. Die Industrieproduktion erscheint als ein kollektives Verbrauchsgut, das der Wählerschaft eine Befriedigung bedeutet, unabhängig von der Befriedigung, die für sie durch den Konsum industrieller Produkte entsteht. "The origins of the preference for industrial production may lie in any one of a number of sources-nationalist aspirations and rivalry with other countries, the power of owners of and workers in industrial facilities to achieve a redistribution of income toward themselves by political means, or the belief that industrial activity involves beneficial 'externalities' of various kinds."<sup>44)</sup>

Ausgehend davon, daß die Regierungsentscheidungen rational gefällt werden, wird die Regierung den Protektionismus bis zu dem Punkt treiben, wo der von der kollektiven Konsumtion der inländischen Industrie resultierende Grenznutzen dem der privaten für die protektionierte Industrieproduktion gleich ist. Die Regierung wird das Realeinkommen zu maximieren suchen, aber nicht das Realprodukt, da die Maximierung des Realeinkommens einen Rückgang des Realproduktes wegen der Präferenz für die kollektive Konsumtion der Industrieproduktion nach sich zieht.

Die Präferenz für die Industrieproduktion bedeutet, daß die Industrieproduktion als ein kollektives Verbrauchsgut verstanden wird, dessen Quantität durch die Außenhandelspolitik reguliert werden kann. Die Industrieproduktions-Präferenz wird als Effekt auf die Wählerignoranz einerseits und als Einfluß von Machtgruppen auf die Regierung andererseits definiert; sie beeinflußt die nationale Wirtschaftspolitik und vor allem die staatliche Ausgabenpolitik in wichtigen Industriebereichen.

Mit anderen Worten kann die Industrieproduktions-Präferenz als ein funktionalistischer Ansatz zur Analyse der Interaktionen der Nationen dienen, weil die die Außenhandelspolitik determinierenden Motivationen von soziologischer Perspektive her betrachtet werden.

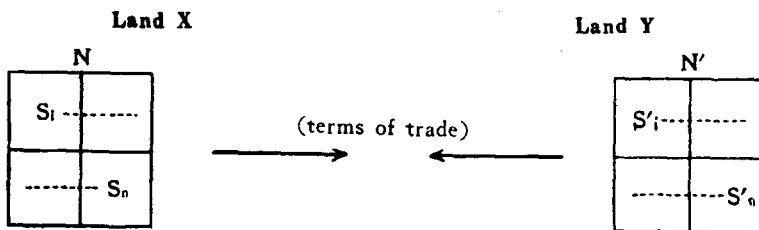
Charles P. Kindleberger klagt, daß noch keine Gruppentheorie über die internationalen Wirtschaftsbeziehungen besteht, da er einen gruppentheoretischen Ansatz im internationalen Handel für notwendig hält. Kindleberger weist nach, daß die internationalen Wirtschaftsbeziehungen z.B. in Europa

44) Ders., *An Economic Theory of Protectionism*, a.a.O., S. 258.

durch die verschiedenen Interessendispositionen der Wirtschaftsgruppen, Schichten bzw. Subgruppen gefördert oder gehemmt würden.<sup>45)</sup> Das Wissen um Strukturen der Gruppeninteressen in einzelnen Ländern ist unerlässlich.<sup>46)</sup>

Für eine genauere Aussage bezüglich des Entscheidungsprozesses in der Außenhandelspolitik eines Landes müßte eine Theorie von gruppeninteresseorientierten Verhaltensweisen zumindest als ein Zusatzinstrument zur Analyse der internationalen Wirtschaftsbeziehungen entwickelt werden. Eine solche Theorie würde ihre Relevanz nicht allein in der Ausfüllung der Kriterien für die Differenzierung der 'responses' verschiedener nationaler Gruppen (als eine Einheit) haben, sondern auch in der Entwicklung eines analytischen Systems der Interaktionen von Untergruppen innerhalb einer größeren Einheit.<sup>47)</sup>

Die Zusammenhänge in den Wirtschaftsbeziehungen zweier Länder könnten im erwähnten Handlungssystem wie folgt graphisch dargestellt werden:



S; S': Gruppeninteressen

N; N': Nationalinteressen

Ein Handels-Handlungsfeld besteht aus mehreren Gruppeninteressen-Matrizen. Ob die Summe dieser Gruppeninteressen, also  $\sum S$  (oder  $\sum S'$ ) gleich N, (N') im internationalen Handel ist, diese Frage hängt allerdings von den Wirtschaftssystemen und der Motivationsstruktur der  $S_1, \dots, S_n$  bzw.  $S'_1, \dots, S'_n$  ab. Angenommen, der Handel vollzieht sich unter kompetitiven Bedingungen ohne Staatsinterventionismus, dann könnten sich verschiedene Kombinationen zwischen Gruppen- und Nationalinteressen ergeben. Hierfür lassen sich viele Beispiele aus der Handelspraxis zwischen Japan bzw. der BRD und den kommunistischen Ländern anführen.

Schon bei dem Hinweis auf das Vorhandensein differenzierter Gruppen-

45) Charles P. Kindleberger, Group Behavior and International Trade, in: The Journal of Political Economy, Vol. LIX, No. 1, 1951, S. 30.

46) Ebenda, S. 36. Kindleberger sieht drei Merkmale einer 'Gruppe', erstens die Raumbezogenheit (Geographie-nationale Kohäsion), zweitens Zeitdimension ('set' von Werten-Kommunikationen) und drittens Identifikation (ebenda, S. 40f.).

47) Charles P. Kindleberger, Group Behavior and International Trade, a.a.O., S.46,

interessen und Motivationen innerhalb einer nationalen Groß einheit ergibt sich die Frage nach der Kompatibilität zwischen Gruppeninteressen und Nationalinteressen. Die moderne Ökonomie hat nur unzulängliche Methoden für die Analyse der Gruppenverhalten. Ist ein solcher Systemmechanismus in einem Land geschaffen, der die Gruppeninteressen liquidiert oder diese a priori zu Nationalinteressen macht, dann ist die Außenhandelspolitik kollektivistisch. Somit fallen die auf das reguläre Handels-Handlungsfeld bezogenen instrumentalen (außenhandelspolitischen) und technisch-administrativen Methoden in einen völlig anderen Analysenrahmen hinein. Die Grenzen werden hier völlig verwischt zwischen der 'economic policy of welfare' und der 'economic policy of power', um die Ausdrücke Edgeworths zu verwenden.

In diesem Zusammenhang führt Kindleberger zwei Begriffe ein: 'special interest' und 'national interest' in privaten Unternehmungswirtschaften.<sup>48)</sup> Bei Kindleberger verbindet sich 'special interest' mit politischer Macht was gewöhnlich ein Anlaß für den Staatsinterventionismus ist. 'Spezialinteressen' sind kennzeichnend für solche Wirtschaftssubjekte wie Bauern, Industrieunternehmer, Grundbesitzer etc. oder Gruppen, die auf eine spezielle Industrie oder Regionen oder auf eine Firma bezogen sind. In den meisten Fällen versuchen diese Wirtschaftssubjekte ihre Interessen mit den Nationalinteressen zu identifizieren, indem sie für Importbeschränkung oder Exportexpansion die nationale Rechtfertigung oder das Infant-Industry-Argument oder Arbeitslosigkeit als Gründe anführen. Zolltarife sind typisch für die Forderungen der Gruppeninteressen. Das Spezialinteresse kann ein wichtiger Faktor für die Produktionssteigerung sein.

Sombarts These der 'abnehmenden Handelsbedeutung', die sicherlich im damaligen Zusammenhang mit der marxistischen Auffassung und dem Freihandelsargument zu verstehen ist, war insofern zu beachten, als jene beiden Denkrichtungen bereits erkannt haben, daß sich wirtschaftliche Kräfte immer mehr zur Internationalisierung bzw. zur Weltwirtschaft entwickelten. Dagegen sah Sombart eine rückwirkende Tendenz des Handelsvolumens, daß nämlich sich in der Weltwirtschaft die nationalistischen Tendenzen gerade wegen innerwirtschaftlicher Gruppeninteressen, die ihrerseits mit politischen Kräften verflochten waren, durchsetzen würden.

Das bisher Gesagte läßt die Entscheidungstheorie als einen brauchbaren

---

48) Charles P. Kindleberger, *Foreign Trade and the National Economy*, New Haven and London 1967, S. 138--147.

Ansatz zur Verzahnung zwischen Außenhandel und Außenpolitik erkennen. Sowohl in der außenpolitischen als auch in der außenhandelstheoretischen Analyse wird im allgemeinen vorausgesetzt, daß die Entscheidungsträger in einem speziellen Kontext operieren: "To ignore this context omits a range of factors which significantly influence the behaviour of decision-problem of how choices are made but also the conditions under which choices are made."<sup>49)</sup> Die Bedeutung, die in der Analyse der internationalen Beziehungen der Problematik des Mechanismus zur Entscheidungsbildung beigemessen werden sollte, wird in der handlungstheoretisch orientierten Sozialwissenschaft und neuerdings in der Wirtschaftswissenschaft zunehmend betont werden müssen.

---

49) Richard C. Synder, H.W. Bruck and Burton Sapin, The Decision-Making Approach, in: Die Lehre von den internationalen Beziehungen, hrsg. von Ernst-Otto Czempel, Darmstadt 1969, S. 238—39.